

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr
Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer und Zuhörerinnen,*

vor 2020 war die Verabschiedung eines Haushaltsplans weitgehend davon geprägt, die langen Linien der Stadtentwicklung aufzugreifen und sie zeitgemäß fortzuführen. Es ging fast ausschließlich darum, ganz praktische Probleme wie die Sanierung von Straßen oder die Anschaffung von Ausrüstung für die Feuerwehren in einem Jahresplan zu bearbeiten. Die letzten drei Jahre haben uns nun in einen dauerhaften Krisenmodus versetzt. Angefangen mit der Klimakatastrophe, die uns im Moment am härtesten im Stadtwald trifft, überlagert von der Coronakrise, die unsere Lebens- und Arbeitswelt durcheinandergewirbelt hat und seit letztem Jahr weiter verstärkt durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, der auf unserer lokalen Ebene Preissteigerungen in Dimensionen ausgelöst hat, die unsere städtischen Finanzen bis an die Grenzen strapazieren. Damit ist die Frage, ob wir mit dem Haushalt 2023 einfach Business as Usual machen können, von vornherein mit Nein beantwortet.

Dieser Haushalt muss also Antworten geben, wie wir mit den vielfältigen Krisen umgehen, ohne unsere kommunalen Kernaufgaben zu sehr zu vernachlässigen.

Der dickste Brocken dabei ist die Kapitalerhöhung der Wirtschaftsbetriebe. Sie ist nötig, weil wir uns Baukostensteigerungen ausgesetzt sehen, die in einzelnen Gewerken an Faktor drei heranreichen. Das ist eine direkte Auswirkung der Pandemie und niemand konnte bei Baubeginn vorhersehen, in welche Situation wir im Laufe des Baus hineingeraten würden. Die Neuberechnung der Baukosten nach dem Geschäftsführerwechsel in der WIBO haben diesen Umstand noch einmal deutlich aufgezeigt. Ohne diese Neuberechnung wären wir lediglich etwas später zu der Erkenntnis gelangt, dass die Ausschreibungsergebnisse weit oberhalb der letzten Schätzung liegen.

An dieser Finanzspritze hängt leider das Wohl und Wehe der gesamten WIBO GmbH: Wir müssen das Schwimmbad allein schon deshalb fertigbauen, weil wir den Querverbund mit dem steuerlichen Abzug der Verluste von Aloha,

Stadthalle, Bibliothek und Museum von den Einnahmen der Harz Energie aufrechterhalten müssen. Ohne das Aloha

- bricht dieses Konstrukt zusammen,
- die WIBO GmbH wäre auf einen Schlag insolvent,
- müsste alle ihre Einrichtungen schließen und
- alle ihre Mitarbeiter*innen entlassen.

Also wollen wir ab diesem Jahr insgesamt fünf Millionen Euro in drei Tranchen in die WIBO geben, um das Bad fertig zu bauen und dabei auch das vorhandene Außenbecken anzuschließen sowie eine Wasseraufbereitung und eine PV-Anlage zur Senkung der Betriebskosten einzubauen. Verschoben ist der Bau der Großwasserrutsche, die sich bautechnisch aber jederzeit nachrüsten lässt. Das neue Bad erfüllt dann von Anfang an alle Anforderungen, die man an ein kommunales Bad stellen muss: man kann dort schwimmen lernen und Gesundheitsvorsorge durch Bewegung im Wasser betreiben. Die vorhandene Sauna wird nach Sanierung der

Schäden durch den langen Stillstand auch gleich wieder in Betrieb gehen. Und bei der Auswahl der Materialien haben wir auch nicht billig sondern werthaltig gebaut, damit die Einrichtung wieder mehrere Jahrzehnte durchhält. Das neue Bad wird wieder attraktiv werden und alle Nörgler, die die Gäste aufgrund angeblich fehlender Attraktionen in Scharen davonlaufen sehen, Lügen strafen. Außerdem muss man immer wieder betonen, dass es niemals passieren wird, dass zusätzliche Attraktionen das Defizit merklich senken oder das Bad gar in die Gewinnzone bringen. Ein kommunales Schwimmbad ist Standortpolitik und kostet Geld! Es ist – neben großen Anstrengungen im Bereich der Kinderbetreuung - unser Investment in den Standort Osterode, die Lebensqualität aller Einwohnerinnen und Einwohner und somit auch ein Beitrag zur Gewinnung von Neubürgern und Firmenansiedlungen. Und genau deshalb werden wir auch weiterhin nur politisch gestützte Eintrittspreise erheben und uns in den kommenden Monaten sehr genau überlegen,

wie wir eine sozial ausgewogene Tarifstruktur hinbekommen.

Die direkte Auswirkung der Zusatzfinanzierung für die WIBO ist die Verschiebung der Kornmarktsanierung. Die benötigten 3,4 Millionen Euro könnten wir nur durch Ausweitung der Kreditaufnahme aufbringen, was aber zur Versagung der Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht führen würde. Hier sind wir wieder bei unserem Grundproblem: einerseits müssten wir viel mehr investieren, andererseits schnüren uns zu hohe Verbindlichkeiten bei zukünftigen Haushalten die Luft zum Atmen ab. Da kann man auch mal auf den Landkreis Göttingen als Kommunalaufsichtsbehörde schimpfen, weil von dort sehr enge Vorgaben kommen und die Frage erlaubt sein muss, ob vorhandene Spielräume wirklich zugunsten der kommunalen Wünsche ausgenutzt werden. Aber auch mit größeren Spielräumen bei Investitionskrediten sind die Möglichkeiten mit Blick auf den zukünftigen Schuldendienst begrenzt. Es bleibt die Feststellung, dass es absolut nicht genügt, die Städte und Gemeinden

mit ungenügender struktureller Finanzierung im Regen stehen zu lassen und dann Pflaster in Form von diversen Förderprogrammen zu verteilen, die mal mehr und mal weniger gut zu den aktuellen Herausforderungen passen.

Doch zurück zur Sanierung der Fußgängerzone: der Plan ist nun, zunächst die Marientorstraße als ersten Bauabschnitt anzugehen und den Kornmarkt und die anderen Innenstadtstraßen Stück für Stück nachzuziehen. Der dafür vorgesehene Finanzplan ist immer noch sportlich, macht aber den Willen unserer Gruppe und vor allem des Bürgermeisters deutlich, zu zeigen, dass etwas passiert und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Stadt voranzubringen.

Ein weiteres, mehrfach verschobenes Bauvorhaben ist das Feuerwehrhaus Förste/Nienstedt. Hier sind wir nun bei einem Baubeginn im Jahr 2026. Das Einzige, was wir beschleunigend tun können ist, bereits in 2025 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Millionen Euro in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen, die verhindert,

dass in 2026 erst die Haushaltsgenehmigung abgewartet werden muss, bevor es mit den Ausschreibungen losgehen kann. Sorge bereiten mir an der Stelle auch fast alle anderen Feuerwehrhäuser, die nach und nach zu klein geworden sind und ersetzt werden müssten. Ein gemeinsames Feuerwehrhaus wie in Förste und Nienstedt ist da genau der richtige Weg, aber bei den aktuellen finanziellen Möglichkeiten steht es in den Sternen, wie wir den dafür nötigen zweistelligen Millionenbetrag in den nächsten Jahren aufbringen sollen.

Wo wir wirklich Boden gut gemacht haben, ist bei der Kinderbetreuung. Hier ist der Neubau der Kindertagesstätte Röddenberg genauso zu nennen wie die Erweiterung in Lerbach und die Einrichtung von mittlerweile zwei Waldkindergarten-Gruppen. Wenn der geplante Kindergarten auf dem Gelände der ehemaligen Rommelkaserne nun endlich eine Baugenehmigung erhält und nach Umbau des Gebäudes in Betrieb gehen kann, dürfte der derzeitige Fehlbestand an Plätzen zunächst abgebaut sein. Allerdings steht mit dem baulich völlig maroden und energetisch katastrophalen

Zustand des Kindergartens Fuchshalle die nächste Baustelle bereits fest. Hier müssen wir schauen, ob es vielleicht einen Investor für einen Neubau gibt, auch weil anders als bei der Grundschule Röddenberg Teilsanierungen nicht mehr in Frage kommen.

Am Röddenberg planen wir für 2024 und 2025 jeweils 250.000 € für die Erneuerung der Sanitäreinrichtungen ein, obwohl der Gesamtzustand des Gebäudes mit maroden Fenstern und ungenügender Wärmedämmung eigentlich die Frage nach einem Ersatzneubau aufwirft.

Hier zeigt sich unser Dilemma besonders im Hinblick auf den Klimaschutz: wenn ich in den Berichten der Klimaforscher lese, dass sich das Zeitfenster für eine Eingrenzung der Erderwärmung auf 1,5° C eigentlich schon geschlossen hat und wir aktuell auf eine Erwärmung von 2,7° C zusteuern, sollten wir doch eigentlich alle Ressourcen darauf konzentrieren, unseren Beitrag zur Eindämmung der Erderwärmung zu leisten.

Die Klimaveränderung wird katastrophale Folgen haben und weltweit Hungersnöte und

Migrationsströme auslösen, mit denen wir uns auch in Osterode auseinandersetzen müssen. Hinzu kommt, dass die Kosten für die notwendige Transformation und die Bekämpfung der Folgen von Jahr zu Jahr steigen. UN-Generalsekretär António Guterres hat im vergangenen Oktober in einem dramatischen Appell gewarnt: “Wir befinden uns in einem Kampf auf Leben und Tod um unsere Sicherheit heute und unser Überleben morgen.” Auf was warten wir also noch? Die Antwort, die wir auf der kommunalen Ebene geben müssen, ist so banal wie ernüchternd: wir warten auf Geld und Personal. Wir bräuchten mindestens das dreifache Volumen des Gesamthaushalts der Stadt Osterode am Harz, um alle städtischen Gebäude zu dämmen und sie technisch so aufzurüsten, dass sie CO₂-neutral werden. Teilweise bleibt wirklich nur Abriss und Neubau, um das zu verwirklichen.

Bei der aktuellen Investitionsquote von ca. 9% des Haushaltsvolumens bräuchten wir aber gut 33 Jahre um den angesprochenen Investitionsstau von mindestens drei vollen Haushalten, sprich 300% des Haushaltsvolumens

abzubauen. Und darin ist nicht eingerechnet, dass wir nach diesen 33 Jahren gleich wieder von vorn anfangen könnten, weil die ersten Maßnahmen ihre Lebenszeit schon wieder überschritten haben.

Das daraus zu ziehende Fazit lautet also:

Im Bereich Klimaschutz werden wir die 65% CO₂-Einsparung gegenüber dem Stand von 1990, die die Bundesrepublik bis 2030 erzielen will, auf der kommunalen Ebene krachend verfehlen!

Hinzu kommt, dass solche Veränderungen auch geplant und baulich umgesetzt werden müssen. Sieht man mal davon ab, dass auch Personal berechtigterweise Geld kostet, können wir uns die Fachkräfte im Rathaus ebenso wenig schnitzen wie die Handwerker und Baufachleute, die die Aufträge ausführen müssten.

Für die kommunale Ebene heißt das, wir können in Punkto Klimaschutz nur verlieren! Mir kommt das so vor, als sollten wir den Untergang der Titanic mit einer Rolle Panzertape verhindern!

Zu meiner und unser aller Entlastung muss man natürlich hinzufügen, dass wir hier “nur” der Stadtrat von Osterode am Harz und nicht der Deutsche Bundestag sind. Hier ist – um mal bei dem Bild der Titanic zu bleiben – die Hausmeisterwerkstatt und nicht die Brücke. Es bleibt aber die Erkenntnis, dass wir auf der kommunalen Ebene nicht ansatzweise so ausgestattet sind, wie wir das bräuchten, um neben den Alltagsaufgaben noch die Krisen bewältigen zu können. Und ehrlicherweise sind wir eben schon mit den Alltagsaufgaben wie der Instandhaltung unserer Schulen finanziell überfordert. Und so üben wir uns in der Kunst, aus einer Rolle Panzertape das maximal mögliche herauszuholen. Befriedigend ist das nicht.

Dem aufmerksamen Leser des Haushaltsentwurfs wird möglicherweise aufgefallen sein, dass „nur“ eine halbe Million Euro für energetische Sanierung direkt unter den Investitionen aufgeführt sind. Hier verbirgt sich viel mehr im Bereich in der Bauunterhaltung und nicht im Investitionsplan. Wir tun wirklich, was uns möglich ist und realisieren soweit

technisch möglich nur Unterhaltungsmaßnahmen, die dem Klimaschutz dienen. Uns ist sehr bewusst, dass wir neben der Verpflichtung zukünftigen Generationen einen lebensfähigen Planeten zu hinterlassen auch viel Geld sparen können, wenn wir hier unsere Hausaufgaben machen. Dazu gehört übrigens auch, dass wir uns von Liegenschaften trennen, die wir nicht selbst sanieren können, weil uns entweder das Geld, das Personal oder beides fehlt. In diesem Fall ist es besser, ein privater Investor übernimmt das Gebäude und die Sanierung. Das geht dann schneller als die Stadt das kann.

So überlebenswichtig das Thema Klimaschutz auch ist, dürfen nicht vergessen, in die Zukunft unserer Kinder zu investieren, was im städtischen Kontext neben den Kindertagesstätten vor allem Investitionen in die Grundschulen bedeutet. Wir geben dieses Jahr erneut 300.000 € für die Digitalisierung aus, gefolgt von 150.000 € im nächsten Jahr. Auch diese Summe reicht längst nicht aus, um alles Wünschenswerte zu finanzieren, aber wir haben in den letzten Jahren regelmäßig Geld für IT-

Technik in den Grundschulen ausgegeben und so arbeiten wir uns Stück für Stück voran. Weiterhin haben wir 50.000 € für die Trockenlegung des Kellers der Jacobitorschule eingeplant, um hier einer Gefährdung der Gesundheit von Kindern und Personal entgegen zu wirken.

Zum Schluss möchte ich noch einen kurzen Blick auf die mittelfristige Finanzplanung werfen: Ehrlicherweise muss man sagen, dass die Planung viel mehr als in den vergangenen Jahren ein Blick in die Glaskugel ist. Alle Zahlen dort sind Stand 2023 und wir können überhaupt nicht absehen, wie sich einzelne Positionen entwickeln. Ich will hier nur zwei der Risiken nennen:

1. Aktuell fordert die Gewerkschaft Ver.di für die Angestellten von Bund und Kommunen 10,5% mehr Gehalt, mindestens aber 500 Euro mehr im Monat bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Jedes Prozent Steigerung kostet die Stadt Osterode am Harz gut 170.000 €. Ein Teil des Überschusses von aktuell

1,6 Millionen Euro wird also vermutlich von den Tariferhöhungen aufgezehrt werden. Es wurde natürlich eine Steigerung der Personalkosten eingeplant und zwar in vergleichbarer Höhe wie es der Landkreis Göttingen als Aufsichtsbehörde in seinem eigenen Haushalt eingeplant hat, aber das wird vermutlich nicht reichen, wenn die Gewerkschaft ihre Forderungen einigermaßen durchsetzen kann.

2. Die geplanten Investitionen basieren auf Berechnungen von diesem Jahr oder dem Ende des letzten Jahres. Kommt es hier zu weiteren Preissteigerungen, was bei so komplexen Projekten wie zum Beispiel der Kornmarktsanierung immer passieren kann, muss auch hier als erstes der Überschuss dieses Haushaltes zur Deckung herhalten.

Mein Fazit lautet am Ende, dass der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt, dass Rat und Verwaltung gemeinsam verdammt viel aus einer Rolle Panzertape herausholen konnten! Der Haushaltsentwurf stellt einen angemessenen

Ausgleich zwischen Stadtentwicklung, Klimaschutz und allgemeiner Daseinsvorsorge her und ist dabei in seinen Ambitionen, etwas für unsere Stadt zu erreichen, über jeden Zweifel erhaben. Mehr kann man mit den personellen und finanziellen Möglichkeiten eines Mittelzentrums nicht erreichen und ich bin froh, dass die Verwaltung mit unserem Bürgermeister an der Spitze so engagiert arbeitet.

Wir stimmen diesem Haushaltsentwurf zu!